

Früher gut. Heute gut.

Sei du selbst die Veränderung die du dir wünschst für diese Welt.

Empfehlung der Woche

100g Gehacktes halb und halb 0.54 Euro	100g Lummer magerer Schweinerücken 0.99 Euro
100g Haussalami eigene Herstellung 1.55 Euro	100g Zwiebling herzhaft gewürzt 0.90 Euro
Cappuccino Auch zum Mitnehmen Segafredo	Nudelsalat mit Fleischkäse eigene Herstellung

WEBER Röntgenstraße 21
57078 Siegen-Geisweid
Tel. 0271.81126
www.fleischerei-weber.de

Ziel: Jobs sichern

Kannegiesser sieht Arbeitsplätze bedroht

Berlin. Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, hat die Forderung der IG Metall nach einer Lohnerhöhung in diesem Jahr zurückgewiesen. „Wie soll man in einer Situation, in der 700 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, über Lohnerhöhungen sprechen? Das passt nicht zusammen“, sagte Kannegiesser. Die Produktion sei auch „mit 20 bis 25 Prozent weniger Mitarbeitern“ zu schaffen.

Sind auf einem guten Weg.“ In Nordrhein-Westfalen setzen Arbeitgeber und Gewerkschaft am Mittwoch ihre Verhandlungen in Düsseldorf fort. Allein in der Metall- und Elektroindustrie in NRW sind rund 700 000 Beschäftigte tätig. Auch in Baden-Württemberg gehen die Gespräche in der kommenden Woche weiter. In der Tarifrunde gehe es um „die Verlängerung des Krisenmanagements“. Die IG Metall war erstmals ohne konkrete Lohnforderung in die Verhandlungen gegangen.

Selbst wenn auf die kostspielige Beschäftigungssicherung verzichtet würde, wäre der Spielraum für Lohnerhöhungen eng. „Eigentlich ist er gar nicht vorhanden“, sagte er. Allerdings schloss Kannegiesser einen Kompromiss nicht aus. Weiter sagte er, dass die Arbeitgeber die Verhandlungen schnell abschließen wollten, möglicherweise noch im Februar. „Wir

Kannegiesser appellierte an die Bundesregierung, das Jobpaket zu unterstützen. Solange ein Unternehmen Kurzarbeit mache, „muss es auch von den Sozialabgaben auf Kurzarbeit befreit werden“. Dasselbe müsse dann auch für die betriebliche Kurzarbeit gelten, über die Arbeitgeber und Gewerkschaft verhandeln. (ddp)

„Das ist Unsinn“

Horst Seehofer kritisiert Kopfpauschale

München. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat den von der FDP geforderten Einheitsbeitrag in der Krankerversicherung als unbezahlbaren „Unsinn“ bezeichnet. Das Ergebnis der Kopfpauschale wäre: „Die Kleinen zahlen mehr, damit die Großen weniger zahlen“, sagte Seehofer gestern auf einer DGB-Berliner Konferenz in München. Dies wäre „ein ganz harter Verstoß gegen das Prinzip der Solidarität“.

Steuerzuschüsse sei „eine nicht erfüllbare Erwartung“. Dies würde den Staat 20 Milliarden Euro mehr kosten, „ohne die geringste Verbesserung“ der medizinischen Versorgung, rechnete Seehofer vor. Das sei der Bevölkerung nicht zu erklären.

Der Ausgleich der Mehrkosten für sozial Schwächere über

Der neue bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena warnte vor einem entsolidarisierten Gesundheitssystem und verwarf sich ebenfalls energisch gegen die Einführung einer Kopfpauschale in der Krankerversicherung. (ddp)



Bundeskanzlerin Angela Merkel dürfte sich momentan ziemlich allein gelassen fühlen. Einige Politiker vom Koalitionspartner FDP werfen ihr falsches Spiel vor. Foto: ddp

Zoff geht weiter

FDP-Politiker werfen Kanzlerin Merkel falsches Spiel vor

Berlin. Im Tauziehen um den weiteren Kurs der Koalition haben namhafte FDP-Politiker die Union scharf angegriffen. Bayerns Vize-Regierungschef Martin Zeil (FDP) warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern ein „abgekartetes Spiel“ vor. Schleswig-Holsteins FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki sprach angesichts einer zunehmenden Öffnung der CDU zu den Grünen von „politischer Promiskuität“. Unterdessen bescheinigte der FDP-Haushälter Otto Fricke seiner Partei allerdings, ein unbequemer Koalitionspartner zu sein als die grüne Konkurrenz.

„Es handelt sich um ein abgekartetes Spiel mit Billigung der Kanzlerin“, kritisierte Zeil angesichts einer anhaltenden Ablehnung wichtiger FDP-Projekte wie einer Kopfpauschale in der Krankenversicherung. So werde kein einziges Problem gelöst. „Der Koalitionspartner muss endlich zurückfinden zu verantwortungsvoller Politik. Auch Frau Merkel“, forderte der bayerische Wirtschaftsminister.

Die Union müsse aufhören, „Opposition zu spielen“, sagte Zeil weiter. „Wir brauchen ja gar keine Opposition, weil die Union das schon selbst erledigt.“ So mauere die Union bei der vereinbarten Steuerstrukturreform, und „die Kanzlerin lässt zu, dass der Bürger im Unklaren bleibt“, monierte Zeil. Nach Ansicht Kubickis war der Kurs der FDP gegenüber der Union bislang zu weich. „Auf die Angriffe aus der Union haben wir nicht scharf genug reagiert.“ Die Union meine, sie müsse die Liberalen als Partner nicht mehr ernstnehmen. Die Bevölkerung müsse und werde jedoch „bald merken, dass es Positionen gibt, bei denen sich die FDP durchsetzt“, sagte Kubicki.

Fricke konstatierte gar mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai: „Wir sind für die CDU/CSU ein unbequemerer Partner als die Grünen.“ Im Bund habe die Union nicht einen einzigen Beschluss der großen Koalition zurückgenommen. (ddp)

„Das ist mit Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai: „Wir sind für die CDU/CSU ein unbequemerer Partner als die Grünen.“ Im Bund habe die Union nicht einen einzigen Beschluss der großen Koalition zurückgenommen. (ddp)

Unterstützung signalisiert

Noch keine Entscheidung über Steuer-CD-Kauf in Stuttgart

Stuttgart. Baden-Württemberg hat zum Kauf der angebotenen CD mit Daten mutmaßlicher Steuersünder noch keine Entscheidung getroffen. Zwar sei eine Anfrage hierzu beim Bundesfinanzministerium gestellt worden. Jedoch handle es sich dabei um einen routinemäßigen Vorgang, der der Abstimmung mit dem Bund diene, sagte ein Sprecher des Landesfinanzministeriums gestern auf ddp-Anfrage in Stuttgart. „Das ist mit-

nichten irgendeine Festlegung.“ Finanz- und Justizministerium seien noch dabei, sich abzustimmen. Anschließend solle eine Entscheidung fallen. Zum möglichen Zeitpunkt wollte der Sprecher sich nicht äußern. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte zuvor in einem Interview von der Anfrage berichtet. Zugleich signalisierte er Unterstützung für einen Kauf. „Ich werde in dem einen Fall nicht anders entscheiden

als in dem anderen.“ Ein Wechsel der Position dazu wäre „das Gegenteil von Berechenbarkeit und Rechtsstaatlichkeit“. Schäuble verteidigte das Vorgehen gegen Kritik auch in der Union. Niemand habe ein „gutes Gefühl“ dabei, auch er selbst nicht. „Aber wir haben auch die Verpflichtung, im Interesse der Gerechtigkeit die Gesetzmäßigkeit der Besteuerung auch im Verwaltungsvollzug durchzusetzen“, so Schäuble. (ddp)



Die Schätzung rasch vorziehen

Dortmund. Die SPD verlangt rechtzeitig vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai Klarheit über den finanziellen Spielraum der Bundesregierung. „Die Regierung muss eine Sonder-Steuerschätzung vor der regulären Mai-Schätzung durchführen“, sagte der Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, einer Zeitung. Mit Sonder-Steuerschätzungen außerhalb des regulären Turnus im Mai und November hätten auch die große Koalition und zuvor Rot-Grün finanzpolitische Entscheidungen abgesichert, argumentierte Poß weiter. Der Wirtschaftsweisen Wolfgang Wiegand sieht nach dem Einbruch der Steuereinnahmen des Bundes um 11,7 Prozent im Januar keinen Spielraum mehr für eine Steuersenkung: „Eine Senkung war vorher nicht finanzierbar und ist es jetzt erst recht nicht.“ (ddp)

Gabriel fordert Mindestlohn

Berlin. Angesichts der vom Verfassungsgericht verlangten Neuberechnung der „Hartz IV“-Sätze dringt die SPD verstärkt auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Ein Mindestlohn oberhalb von 7,50 Euro sei nötig, um sicherzustellen, dass Vollzeit arbeitende Menschen mehr verdienen als „Hartz IV“-Empfänger, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. In vergleichbaren Ländern liege der Mindestlohn deutlich über acht Euro. (ddp)

Westerwelle soll die Macht teilen

Düsseldorf. Angesichts sinkender Umfragewerte für die FDP hat der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Andreas Pinkwart (r.) den Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle (l., mit Rainer Brüderle) aufgefordert, die Verantwortung für die Partei zu teilen. „Die Parteiführung ist stärker im Team gefordert. Die FDP muss mehr Gesichter in den Vordergrund stel-

len“, sagte Pinkwart. Der stellvertretende NRW-Ministerpräsident empfahl den früheren Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher als Vorbild. Die FDP müsse es aushalten, „wenn sich Persönlichkeiten aus der engen Führung profilieren. Das darf nicht gleich als Angriff auf den Parteivorsitzenden gesehen werden.“ Foto: ddp

Außenminister will vermitteln

Berlin. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) will zur Entschärfung des Streits zwischen Deutschland und der Schweiz wegen der gestohlenen Bankdateien beitragen. Er wolle seinen Einfluss als Außenminister geltend machen, „dass gerade befreundete Staaten wie Deutschland und die Schweiz hier enger kooperieren als bisher“, sagte Westerwelle einer Sonntagszeitung. Es gelte, Steuerstraftaten und Datendiebstahl gemeinsam einen Riegel vorzuschieben. Zugleich äußerte sich der Vizekanzler kritisch zum umstrittenen Ankauf der Schweizer Bank-Dateien. Steuerhinterziehung und Datendiebstahl seien Rechtsbruch und beides gehöre bestraft, sagte der FDP-Chef. (ddp)

„Der Staat ist kein Händler“

Minister Röttgen will alte AKW nicht um jeden Preis retten

Berlin. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) will alte Atomkraftwerke wie Neckarwestheim I und Biblis A nicht politisch vor der drohenden Abschaltung retten. Die Frage der Laufzeiten werde im Rahmen des energiepolitischen Konzepts entschieden, „nicht schon vorher“, sagte Röttgen einer Sonntagszeitung. „Bis dahin muss der Betrieb einzelner Kernkraftwerke auf der Basis des geltenden Rechts entschieden werden.“

Es sei Sache der Energiekonzerne, sich über andere Wege wie die Übertragung von Strommengen aus anderen Atommeilern zu verständigen. „Der Staat ist kein Händler“, betonte der CDU-Politiker. Dieses „traditionelle, konservative Verständnis vom Staat“ unterscheidet die neue Regierung von Rot-Grün. Auch Sicherheit sei keine Frage von Verhandlungen. Der baden-württembergische Atommeiler Neckarwestheim I muss nach dem rot-grünen Energiekonsens voraussichtlich im Mai abgeschaltet werden, das hessische Kraftwerk Biblis A wohl im Sommer. Das Energiekonzept der Koalition soll im Herbst vorliegen.

Kernenergie als „Brückentechnologie“ definiert und festgehalten, dass die Brücke endet, wenn die erneuerbaren Energien verlässlich die Kernenergie ersetzen.“ Den Kritikern hielt er „Missverständnisse“ vor. „Einige nehmen nicht wahr, was auf dem Papier des Koalitionsvertrags steht“, sagte er. Viele unterschätzten aber auch die enormen wirtschaftlichen Chancen einer grundlegenden Erneuerung der Energiestruktur.

Röttgen verteidigte seinen Kurs gegen harte Kritik der FDP und aus den eigenen Reihen. „Ich werde den Koalitionsvertrag sehr genau einhalten“, sagte der Minister. „Wir haben die

Ausdrücklich verwahrte sich der CDU-Politiker gegen den Vorwurf, die eigene Partei mit seinem Atomkurs vor den Kopf zu stoßen. „Die meisten sind darüber durchaus erleichtert“, sagte er. (ddp)

Paul Mitchell Flagshipsalon

Salon Haarwelt
Inh. Marcella Panté-Blöhm
Master of Colour
Master of Cut, Curl + Styling
☎ 0 27 32/76 50 97
An der Stetze 4 · Kreuztal-Eichen

BARCLAY JAMES HARVEST
featuring Les Holroyd

Siegerlandhalle Siegen
Montag • 15. März • 20 Uhr
The Ten Tenors, M.I., 7.4. • Subway to Sally, So., 25.4.
Höhner, Do., 26.4. • Herman van Veen, Sa., 6.5.
Reamon, Fr., 13.8.
Karten bei Konzertkasse Siegener Zeitung, Obergab-
ben 39, Tel. 0271/5940359, Siegerlandhalle, Kob-
lenzer Straße 151, Tel. 0271/2330727, Musicbox in
Dillenburg sowie bei allen CTS-Verkaufsstellen.
Tel. Kartenservice: 0271/232000 www.joko.de

Siegener Zeitung
Konzertkasse
Siegen
Obergabben 39

Telefon (02 71)
59 40-350
www.konzertkasse-siegen.de

SWA Werben bringt Gewinn.

Sonntags zwischen Kirche und Kuchen:
Autoschau
von 11.00 bis 17.00 Uhr
Siegen, Weidenauer Str. 243
Kreuztal-Fellinghausen · Heesstraße 127
AUTOHAUS KELLER
KREUZTAL | OLPE | SIEGEN

Wegen Sortimentswechsel
Ausstellungsküchen
radikal reduziert
bis zu **55 %**

Über 111 Jahre **Möbel-Nies**
57080 EISERFELD · Bühelstraße 14
Telefon (02 71) 3 58 11

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergabben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de
Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller – Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15;
Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortlich für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp.
Geschäftsstellen: Siegen, Obergabben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6.
Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. – Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.